



Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Bern

Tel. 031 329 69 69

www.sp-ps.ch

info@spschweiz.ch

stefan.schuetz@spschweiz.ch

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Holzikofenweg 36
3003 Bern

Per E-Mail an:

ds@seco.admin.ch

1. Juni 2026

SP-Stellungnahme zur Standortförderung in den Jahren 2028-2031

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Parmelin,
sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat vernehmlasst fünf Finanzierungsbeschlüsse über insgesamt CHF Mio. 392, welche die Standortförderung des Bundes 2028-2031 sicherstellen sollen. Die SP dankt Ihnen für die Möglichkeit, zu den Vorschlägen Stellung nehmen zu können.

1. Zusammenfassende Haltung der SP

Die SP befürwortet die Grundzüge der in der Botschaft skizzierten Strategie, fordert aber

- a) eine echte Strategie für eine Schweizer Industriepolitik.
- b) dass die Regulierungsüberprüfungen zur Entlastung der KMU nicht einseitig Regulierungskosten, sondern auch auf deren Nutzen berücksichtigen.
- c) bei der Ausarbeitung neuer und Weiterentwicklung bestehender Handelsabkommen soziale und ökologische Nachhaltigkeit stark gewichtet werden.
- d) auf die Standortpromotion verzichtet wird.
- e) dass Innotour auf Projekte zur Steuerung der öffentlichen Meinung zum Tourismussektor und zur Förderung eines «tourismusfreundlichen Regulierungsumfeldes» verzichtet.
- f) eine Kürzung der Mittel von Schweiz Tourismus im Bereich des Basismarketings und eine Neuausrichtung von deren Strategie.

2. Inhalt des Erlassentwurfs und Position der SP

Gemäss dem Bundesrat soll die Standortförderung während der Periode 2028-2031 auf drei Schwerpunkte fokussieren: Die administrative Entlastung von KMU, die Unterstützung ebendieser bei der Erschliessung neuer internationaler Märkte und die Stärkung wirtschaftlich strukturschwacher Regionen in der Schweiz. Dafür beantragt der Bundesrat fünf Kredite, zu welche die SP Schweiz im Folgenden Stellung nimmt.

Eine Vorbemerkung ist aus Sicht der Partei aber wichtig: Die Schweiz braucht endlich eine echte Strategie für eine zukunftsfähige Industriepolitik. Die bundesrätliche Vorlage atmet den Geist vergangener Zeiten und adressiert die veränderten Bedingungen für Wettbewerb und Handel weder inhaltlich noch konzeptuell. Ohne eine echte Strategie für eine Schweizer Industriepolitik sind Bundesrat und Parlament gezwungen, bei jedem neu auftauchenden Problem für den Werkplatz Schweiz – von der drohenden Schliessung bis zum Verkauf von Schlüsselindustrien und -infrastruktur, von der stark erschwerten Einfuhr von Schlüsselgütern, von Zoll-Konflikten, Subventionswettbewerben und gestiegenen Währungsrisiken, etc. – Lösungen *ad hoc* zu erarbeiten, ohne sich dabei an übergeordneten Leitlinien orientieren zu können. Die SP fordert den Bundesrat deshalb auf, über den Tellerrand hinauszuschauen und die Standortförderung endlich auf ein konzeptuelles Fundament zu stellen, das diesen Namen verdient.

1. E-Government

Der Förderkredit zur Entlastung der KMU soll gemäss dem bundesrätlichen Vorschlag gegenüber der laufenden Periode auf CHF Mio. 67.8 verdoppelt werden. Die Mittel daraus sollen der Weiterentwicklung von EasyGov und damit der Digitalisierung von Behördenleistungen dienen. Der Bundesrat hält darüber hinaus fest, dass er weiter am Abbau von Regulierungen für KMU arbeiten will. Die dafür vorgesehenen Instrumente, zum Beispiel das KMU-Forum, das Bürgerschaftswesen für KMU oder der Bürokratiemonitor des SECO, sollen allerdings nicht aus dem Standortförderkredit finanziert werden.

Die SP unterstützt die Verlagerung des administrativen Austausches von KMU und Behörden auf die vorgesehene digitale Plattform und unterstützt die Transition hin zu E-Government, wie es in der Botschaft vorgeschlagen wird. Auch setzt sich die SP durchaus dafür ein, dass Schweizer KMU keine unnötigen administrativen Aufwände belasten. Eine Überprüfung von Regulierungen auf ihre Effizienz sollte jedoch nicht, wie es im Erläuternden Bericht getan wird, einseitig auf deren Kosten, sondern ergänzend auch auf deren gesamtgesellschaftlichen Nutzen fokussieren. Dies gehört zum volkswirtschaftlichen Einmaleins und darf von Gremien im Umfeld des SECO erwartet werden.

2. Exportförderung

Die Mittel für die Exportförderung bleiben gegenüber den Bundesbeschlüssen für die Periode 2024-2027 praktisch unverändert bei CHF Mio. 98,9. Diese Mittel würden zu 80 Prozent von Switzerland Global Enterprise (S-GE) eingesetzt und dienen vornehmlich der Beratung und Vernetzung von Schweizer KMU in ausgewählten Auslandsmärkten. Die verbleibenden Mittel sollen nach dem Willen des Bundesrats zur Entwicklung neuer und Weiterentwicklung bestehender Handelsabkommen sowie in die Messe- und Projektkommission investiert werden.

Die SP unterstützt grundsätzlich den Kredit zur Exportförderung, wie er vom Bundesrat vorgeschlagen wird. Die SP ist im Sinne der Diversifizierung der Exportmärkte auch offen für Weiterentwicklungen im Bereich von Handelsabkommen, sofern diese soziale und ökologische Nachhaltigkeitsstandards einhalten und eine faire Verteilung von Kosten und Nutzen dieser Abkommen zwischen den Vertragsparteien angestrebt wird.

3. Standortpromotion

Für die Standortpromotion möchte der Bundesrat der S-GE für die kommende Förderperiode CHF Mio. 18,35 zur Verfügung stellen (2024-2027: CHF Mio. 18,5 gemäss Bundesbeschluss) und damit den Betrag von CHF Mio. 5,2 ergänzen, welche die Kantone gemäss den Erwartungen der Regierung ebenfalls zwecks Standortpromotion an die S-GE überweisen werden. Diese Mittel dienen der Koordination zur Förderung der Ansiedlung «besonders innovativer ausländischer Unternehmen» in der Schweiz. Gemäss Bundesrat stehen bei der Identifikation solcher Unternehmen nicht quantitative Kriterien im Fokus, sondern eine «nachhaltige» Ansiedlung von Unternehmen, die das bestehende Schweizer Firmengeflecht ergänzen sollen.

Die SP lehnt die Förderbeiträge an die Standortpromotion ab. Die Schweiz ist attraktiv genug, als dass ein gezieltes, staatlich unterstütztes An- beziehungsweise Abwerben von Firmen im Ausland notwendig wäre. Die Schweiz braucht nach Überzeugung der SP kein Marketing, um Firmen von einer Übersiedelung in die Schweiz zu überzeugen und damit anderen Staaten Arbeitsplätze, Steuersubstrat und Fachpersonal abzuwerben.

4. Innotour

Die übergeordneten Ziele der Tourismusförderung sollen gemäss dem bundesrätlichen Vorschlag erweitert werden. Dafür sieht der Bundesrat sieben «Handlungsfelder» vor.¹ Die Mittel von Innotour sollen der Erreichung dieser Ziele dienen, indem sie für Projekte zum Wissensaufbau und -transfer eingesetzt werden, die zu mindestens der Hälfte von der Branche finanziert werden. Der Bundesrat sieht aufgrund der mehrheitlich abgeschlossenen Post-Covid-Pandemie-Projekte gegenüber der Vorperiode für 2028-2031 eine Reduktion der Mittel für Innotour vor. Diese sollen neu noch CHF Mio. 19,16 betragen, wobei die Vergabekriterien so angepasst würden, dass stärker auf der Skalierbarkeit der aus den geförderten Projekten gewonnenen Erkenntnisse fokussiert und Kleinprojekte (< CHF 200'000) nicht mehr gefördert würden.

Der Tourismus in der Schweiz ist ein wichtiger Sektor des Arbeitsmarktes, in einigen Regionen ist die Branche gar die grösste Arbeitgeberin. Die SP-Schweiz begrüsst deshalb Massnahmen zu einer nachhaltigen Förderung des schweizerischen Tourismus in ansonsten strukturschwachen Regionen. Die SP kann die Begründung für die Reduktion der vorgesehenen Mittel an Innotour nachvollziehen und begrüsst die geplante Fokussierung auf Projekte mit einer gewissen Breiten- und Signalwirkung. Innotour braucht sich aus Sicht der SP aber nicht der Steuerung der öffentlichen Meinung (Handlungsfeld 3) oder einem «tourismusfreundlichen Regulierungsumfeld» (Handlungsfeld 1) zu verschreiben. Hingegen unterstützt die SP ausdrücklich Bemühungen zur Förderung des Klimaschutzes in touristischen Projekten, die Verbesserung der Anstellungsbedingungen im Tourismussektor und die nachhaltigere Gestaltung der touristischen Mobilität. (Siehe auch Abschnitt zu Schweiz Tourismus.)

¹ 1. Zu einem tourismusfreundlichen Regulierungsumfeld beitragen, insbesondere mittels administrativer Entlastung;
2. Strukturwandel im Tourismus und Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit touristischer Infrastrukturen unterstützen;
3. Ausbalancierte Tourismusentwicklung fördern zur Verhinderung von Overtourism und zur Stärkung der Akzeptanz des Tourismus in der Bevölkerung;
4. Anpassung an den Klimawandel unterstützen und zum Klimaschutz beitragen;
5. Digitalisierung fördern, insbesondere auch über Wissenstransfer und Vernetzung, sowie Daten und Statistikgrundlagen weiterentwickeln;
6. Attraktivität des touristischen Arbeitsmarkts verbessern;
7. Touristische Mobilität weiterentwickeln, insbesondere mittels Stärkung der Schnittstellen zwischen den für Tourismus und Mobilität zuständigen Bundesstellen.

5. Schweiz Tourismus

Der Fokus von Schweiz Tourismus auf die Förderung der Nachfrage nach touristischen Dienstleistungen in der Schweiz soll um das Element der «Gästelenkung» ergänzt werden. Mit letzterem sollen die Problemfelder «Overtourism» und saisonale Auslastungsschwankungen abgeschwächt werden. Den für Schweiz Tourismus vorgeschlagenen Kredit will der Bundesrat für die nächste Förderperiode von CHF Mio. 233 (Periode 2024-2027) auf 188 kürzen, um den Bundeshaushalt zu entlasten.

Die SP begrüsst zwar, dass Schweiz Tourismus einen Fokus auf die Gästelenkung legen soll. So können Wertschöpfungs-Spitzen im Jahreszyklus bestenfalls geglättet und die Belastung der Infrastruktur in gewissen Tourismus-Hotspots verringert werden. Sie fordert aber bei Schweiz Tourismus einen viel konsequenteren Ausrichtungswechsel von Basismarketing und Nachfrageförderung hin zur Promotion von Regionen, die ihr Potenzial für einen ökologischen und sozialen Tourismus noch nicht ausschöpfen. In diesem Sinne fordert die SP eine weitere Kürzung der Mittel von Schweiz Tourismus im Bereich der Nachfrageförderung. Dabei geht es der SP nicht einfach um eine finanzpolitische Massnahme. Vielmehr widerspricht die auch unter Berücksichtigung der geplanten Kürzungen massive staatliche Förderung von Schweiz Tourismus einem industriepolitischen Grundsatz: Staatliche Förderung ist dann gerechtfertigt, wenn ein Marktversagen vorliegt, wie auch der Bundesrat in der Vorlage ausführt. Bei ohnehin überlasteten Destinationen und Rekordzahlen – die Schweizer Hotellerie erreichte 2025 mit 43,8 Millionen Logiernächten einen neuen Höchstwert – liegt kein Marktversagen vor, im Gegenteil. Zudem geht UN Tourism bis 2034 von einer Verdoppelung der internationalen Tourist:innen-Ankünfte weltweit aus. Bundesgelder für allgemeines Nachfragemarketing sind in diesem Kontext nicht zu rechtfertigen.

Es ist für die SP nicht nachvollziehbar, weshalb die Botschaft «Overtourism» explizit als Problem anerkennt (Handlungsfeld 3) sowie festhält, es brauche «nicht einfach mehr Gäste» und Schweiz Tourismus gleichzeitig weiter stark auf interkontinentale Fernmärkte fokussiert. Tourist:innen aus diesen Märkten verursachen schätzungsweise 3 Prozent des gesamten Schweizer Treibhausgasausstosses. Dies zu fördern, widerspricht der Netto-Null-Strategie des Bundes und ist damit ökologisch nicht nachhaltig. Zudem kommen aus den Fernmärkten genau jene Tourist:innen, welche tendenziell touristische Hotspots aufsuchen. Oft handelt es sich dabei um sehr zahlungskräftige Personen, was dazu führt, dass sich das ganze touristische Angebot vermehrt am Luxussegment orientiert. Für Schweizer Binnentourist:innen werden touristische Angebote so je länger, desto weniger erschwinglich; insbesondere Familien werden in Richtung günstigerer Auslandsdestinationen verdrängt.

Die SP fordert deshalb, dass die Bundesbeiträge an Schweiz Tourismus ebenso wie jene an Innotour auf vier klar definierte Verwendungszwecke beschränkt werden: Erstens die Gästelenkung weg von überlasteten Tourismus-Hotspots hin zu strukturschwachen Regionen mit Nachholbedarf; zweitens die Bewerbung umweltfreundlicher An- und Abreisen, insbesondere mit dem Öffentlichen Verkehr; drittens die Unterstützung von Destinationen, die ihren touristischen Strukturwandel noch nicht abgeschlossen haben und viertens die Förderung von preiswerten Angeboten für den Binnentourismus. Allgemeines Basismarketing – insbesondere in Fernmärkten – soll nicht mehr über Bundesgelder finanziert werden.

Regionalpolitik

Der bisherige Kredit «Regionalpolitik» für die Standortförderung wird vom Bundesrat nicht wieder beantragt. Die verbleibenden Mittel im entsprechenden Fonds sollen in der kommenden Förderperiode aber aufgebraucht werden, wobei die Standortförderung 2032-2035 nach dem Willen des Bundesrats keine entsprechenden Mittel mehr vorsehen wird. Die NRP-Programme der Kantone werden vom Bund mitfinanziert und dienen der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in strukturschwachen Gebieten. Im Zentrum stehen dabei die Unterstützung von regionalen Innovationssystemen und touristischen Projekten sowie in peripheren Regionen der Milderung der Effekte des dort überdurchschnittlich ausgeprägten Arbeitskräftemangels.

Das Parlament hat die vom Bundesrat vorgeschlagenen Kürzungen beim NRP-Fonds im Rahmen der Beratung des Entlastungspakets 2027 nur teilweise übernommen. Die SP unterstützt deshalb die Weiterführung der NRP im Rahmen des Parlamentsentscheids und fordert, dass die Fondsmittel sehr spezifisch zur gezielten Förderung des Tourismus in Regionen verwendet wird, für deren Wirtschaftsleistung dieser essenziell ist. Die Mittel aus dem NRP sind aus Sicht der SP besser für eine gezielte Standortförderung geeignet als Fördermittel wie zum Beispiel der Mehrwertsteuer-Sondersatz, die nach dem Giesskannenprinzip wirken.

Die Schweiz ist das wettbewerbsfähigste Land der Welt. Dieser Position gilt es Sorge zu tragen; sie erlaubt aber auch eine Fokussierung auf eine gezielte und nachhaltige Wachstumsstrategie und die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Anliegen. Die SP unterstützt eine Standortförderung, die diesen Kriterien gerecht wird.

Wir danken Ihnen, geschätzter Herr Bundespräsident, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Stefan M. Schütz
Politischer Fachreferent